Europäisches Parlament

Vergabe öffentlicher Aufträge

Im September wird das Europäische Parlament über einen Bericht des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) abstimmen, in dem die wichtigsten Prioritäten für die bevorstehende Überarbeitung der EU-Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge dargelegt werden.

Hintergrundinformationen

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erwerben öffentliche Stellen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene im Rahmen eines offenen und kompetitiven Verfahrens Bauleistungen, Waren und Dienstleistungen von Anbietern. Damit sollen Qualität und ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis gewährleistet werden. Jährlich geben mehr als 250 000 Behörden 2 Billionen EUR für solche Beschaffungen aus (etwa 14 % des Bruttoinlandsprodukts der EU).

Der EU-Rechtsrahmen für die Vergabe öffentlicher Aufträge zielt darauf ab, die bei der Vergabe von Aufträgen angewandten Vorschriften und Verfahren zu harmonisieren. Dieser Rahmen besteht aus mehreren Richtlinien, darunter die Richtlinie 2014/24/EU zur Festlegung allgemeingültiger Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge, die Richtlinie 2014/25/EU über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und die Richtlinie 2014/23/EU über die Konzessionsvergabe. Diese Richtlinien gelten für Angebote, deren Auftragswert bestimmte Schwellenwerte (z. B. derzeit 5 382 000 EUR für öffentliche Bauleistungen) überschreitet. Unterhalb dieser Schwellenwerte gelten nationale Vorschriften, die den allgemeinen Grundsätzen der Richtlinien entsprechen müssen.

Der Europäische Rechnungshof hat in den letzten 10 Jahren einen Rückgang des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge in der EU festgestellt. Dies ist auf ein mangelndes Bewusstsein für die Bedeutung von Ausschreibungen für kosteneffiziente Beschaffungen, einen Anstieg der Verfahren mit nur einem Bieter, eine hohe Zahl von Direktvergaben und eine begrenzte grenzüberschreitende Auftragsvergabe zurückzuführen. Der Hof stellte ferner fest, dass die Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) an der Vergabe öffentlicher Aufträge stagniert. Sowohl die Bieter als auch die öffentlichen Auftraggeber halten die Verfahren ebenfalls für zu komplex. Darüber hinaus werden strategische Faktoren wie Umweltauswirkungen, soziale Verantwortung und Innovation bei öffentlichen Ausschreibungen selten berücksichtigt. Darüber hinaus schränkt die niedrige Veröffentlichungsquote der Vergabeinformationen die Transparenz ein, die für die Verhinderung von Betrug und Korruption von entscheidender Bedeutung ist.

In den Berichten Draghi und Letta wurde betont, dass die Verfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden müssen. In ihren politischen Leitlinien kündigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine Überarbeitung der EU-Vorschriften an. Eine Bewertung der Richtlinien wird für das dritte Quartal 2025 erwartet, und die Kommission plant, ihre Vorschläge zur Überarbeitung der Vorschriften im vierten Quartal 2026 vorzulegen.

Standpunkt des Europäischen Parlaments

Der IMCO-Ausschuss hat seinen Bericht am 7. Juli 2025 mit 34 Stimmen bei 13 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen. Der IMCO-Ausschuss fordert eine Überarbeitung des EU-Rahmens für die Vergabe öffentlicher Aufträge, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken, eine nachhaltigere Wirtschaft zu unterstützen, die Widerstandsfähigkeit der EU zu stärken und die Digitalisierung sowie die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften sowohl für öffentliche Auftraggeber als auch für Bieter voranzutreiben. Es wird betont, dass die Versorgungssicherheit für kritische Technologien, Produkte und Dienstleistungen gewährleistet, hochwertige Arbeitsplätze gefördert und greifbare Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger erzielt werden müssen. Die MdEP fordern die Kommission auf, den Regelungsaufwand zu verringern, die Verfahren zu vereinfachen, hohe Sozial- und Umweltstandards aufrechtzuerhalten, die lokale Wirtschaftsentwicklung zu unterstützen, den Zugang für KMU zu verbessern

Autor: Guillaume Ragonnaud, Wissenschaftlicher Dienst für die Mitglieder
PE 775.896 – September 2025

und Abhängigkeiten anzugehen. Sie unterstützen auch die Prüfung der Möglichkeiten zur Nutzung des öffentlichen Beschaffungswesens, um die Nachfrage nach in der EU hergestellten Produkten zu stimulieren.

Initiativbericht: 2024/2103(INI); Federführender Ausschuss: IMCO; Berichterstatter: Piotr Müller (Polen, ECR).

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei dessen Verfasser/n. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments. Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird. © Europäische Union, 2025.